



Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU und FDP

zum Antrag "Bundesratsinitiative zur Residenzpflicht"

Drucksache 17/ 816

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird gebeten, Initiativen im Bundesrat zur weiteren Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und -bewerber im Sinne des auf Bundesebene geschlossenen Koalitionsvertrages von CDU und FDP zu unterstützen.
2. Für die bereits im Innen- und Rechtsausschuss des Landtages laufende Befassung mit dem Thema „Residenzpflicht“ wird die Landesregierung gebeten, einen kurzen schriftlichen Bericht zu geben,
 - der Auskunft über den Stand der Arbeiten des Justizministers an dem Verordnungsentwurf geben soll, mit dem die bereits angekündigten Erleichterungen im Bereich der Residenzpflicht für Schleswig-Holstein herbeigeführt werden,
 - in dem dargestellt werden soll, welche Möglichkeiten zur Lockerung der Residenzpflicht es in bundesländerübergreifenden Regionen (insb. Nachbarländer Schleswig-Holsteins) gibt,
 - in dem dargestellt wird, ob und ggf. in welchem Umfang geplant ist, den Erlass vom 31.03.2009 aufzuheben oder an ihm festzuhalten,
 - der den Mitgliedern des Innen- und Rechtsausschusses bis zur 41. Kalenderwoche zur Verfügung stehen sollte.

Astrid Damerow
und Fraktion

Gerrit Koch
und Fraktion